

**Rede
des Fraktionssprechers für Inneres und Sport**

Ulrich Watermann, MdL

zu TOP Nr. 16

Abschließende Beratung

Deine Chance, unsere gemeinsame Zukunft

Antrag der Fraktion der FDP – Drs. 17/6893

während der Plenarsitzung vom 02.02.2017
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Oetjen, Sie haben in Ihrer Einleitung ganz wichtige Punkte angesprochen, die ich voll und ganz unterstütze.

Bis dato sind wir davon ausgegangen, dass Freizügigkeit etwas ganz Wichtiges ist, auch für die Wirtschaft. Jetzt erleben wir, dass sich die Welt sehr verändert, und zwar in das Gegenteil. Es werden Mauern hochgezogen, in den Vereinigten Staaten, aber auch innerhalb Europas. Ich finde, dem müssen wir begegnen. Wir müssen offen dafür sein, dass Freizügigkeit nicht nur für die Wirtschaft gilt, sondern auch für die Menschen.

Die Menschen, die zu uns kommen, haben ganz unterschiedliche Motive. Ein sehr großer Teil kommt aus der Europäischen Union zu uns. Andere kommen zu uns – Sie haben es gesagt –, weil sie Asyl suchen, weil sie individuell verfolgt wurden oder weil sie aus Kriegsgebieten kommen.

Die sozialdemokratische Fraktion im Niedersächsischen Landtag und ich sind der Überzeugung, dass wir ein Zuwanderungsgesetz brauchen. Dass wir Regeln brauchen, klang bei allen Rednerinnen und Rednern hier durch.

Die vielen Punkte, die Sie in Ihrem Entschließungsantrag aufgezählt haben, können wir nicht voll und ganz teilen. Wir müssen aber auf Bundesebene Druck machen, damit wir ein Zuwanderungsgesetz bekommen. In den Bundesrat – das hat der Kollege schon angesprochen – haben Rheinland-Pfalz und Niedersachsen eine Zehn-Punkte-Initiative für ein Zuwanderungsgesetz eingebracht. Wir glauben, dass diese zehn Punkte eine gute Grundlage sind.

In dieser Zeit, in der wir erleben, dass an vielen Stellen Mauern hochgezogen werden, müssen wir eine offensive Debatte führen. Wir brauchen keine Angst davor zu haben, dass Menschen zu uns kommen. Wir müssen das nur vernünftig und klar regeln. Wir müssen die Abläufe so steuern können, dass wir nicht überfordert werden, wenn die Menschen zu uns kommen. Die Überforderung

entsteht nicht durch den Zuzug, sondern dadurch, dass so viele auf einmal zu uns ziehen.

Ich will es ganz deutlich sagen: Debatten, wie wir sie vorhin und gestern hier geführt haben, sind da eher abschreckend. Vielleicht können wir uns dazu durchringen, nach der Phase der Wahlkämpfe zu dem Konsens zurückzukommen, auf den wir uns in diesem Landtag geeinigt hatten: Wir bekennen uns dazu, dass Deutschland ein Zuwanderungsland ist. Zuwanderung braucht Regeln, an die sich jeder zu halten hat. Unser Rechtsstaat setzt den Rahmen, in dem sich alle zu bewegen haben. Verstöße – aus welchen Motiven immer – werden verfolgt.

Wir sagen ganz deutlich: Wir brauchen Zuwanderungsregeln. Wir brauchen ein Zuwanderungsgesetz. Wir brauchen Freizügigkeit. Wir müssen eine offene Gesellschaft organisieren. Das ist gut, und deshalb ist der Antrag ein guter Anstoß. Er ist aber ein wenig zu detailreich. Ich glaube, dass diese Details zu Kanada und die vielen anderen Punkte, die schon angesprochen worden sind, nicht so wirkungsvoll sind.

Wir wollen die Menschen mitnehmen, auch was ihre Qualifikationen angeht. Wir müssen unsere Gesellschaft öffnen, damit wir den Menschen, die zu uns gekommen sind, Möglichkeiten geben, dass sie sich in ihren Berufen weiterqualifizieren oder dass ihre Qualifikationen anerkannt werden.

Deshalb: Es ist im Ganzen ein guter Ansatz. Der Antrag ist aber ein wenig zu detailreich. Die Initiative Niedersachsens im Bundesrat ist ein hilfreicher Weg. Es sollte uns gelingen, unsere Gesellschaft nicht abzuschotten, sondern zu öffnen. Wir brauchen keine Angst vor Veränderung zu haben. Ich glaube, das wäre eine gute Grundlage.

Es tut mir zwar leid, dass wir Ihrem Antrag nicht zustimmen werden. In der Tendenz sind wir aber einer Meinung.

Vielen Dank.